

A1NEU Energieland Sachsen-Anhalt – sicher versorgt, wirtschaftsstarke und sozial gerecht

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 07.06.2022
Tagesordnungspunkt: TOP 4 Anträge
Status: Modifiziert

Antragstext

1 O) Einleitung

2 Seit dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine am 24.
3 Februar 2022 befinden wir uns inmitten einer Zeitenwende. Wir als BÜNDNIS 90/DIE
4 GRÜNEN Sachsen-Anhalt verurteilen den vom Kreml ausgehenden Krieg auf das
5 Schärfste.

6 Deutschland hat im Jahre 2021 vor allem folgende Energieträger (Anteile) aus
7 Russland importiert: Mineralöl (35%), Gas (55%), Steinkohle (50%) und Uran
8 (20,2%).

9 Sachsen-Anhalt ist in Besondere Maße von Russlands Erdgas und Erdöl abhängig.

10 Es besteht die wesentliche Aufgabe, kurzfristig Importmengen aus russischen
11 Quellen durch andere Importquellen zu ersetzen bzw. mittelfristig den Verbrauch
12 durch Energieeffizienz und Suffizienzstrategien zu reduzieren. Wir gehen damit
13 den seit der Annexion der Krim und den anhaltenden Aggressionen im Osten der
14 Ukraine von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angestrebten Weg der energiewirtschaftlichen
15 Unabhängigkeit von Russland weiter.

16 Die kurzfristige Substitution von Rohöl, insbesondere am Raffineriestandort
17 Leuna und von Erdgas beim Großverbraucher SKW Piesteritz, stellt die Industrie
18 aber auch das Land Sachsen-Anhalt vor größere Herausforderungen, da der Bezug
19 über Pipelines aus Russland erfolgt. Die Raffinerie von Total in Leuna nimmt
20 etwa ein Drittel der russischen Ölimporte ab. Sie hat zwar ihre Verträge
21 umgestellt, so dass die Ölimporte aus Russland ab Mitte April halbiert sind,
22 aber das Ende aller Lieferbeziehungen mit Russland ist erst zum Ende des Jahres
23 2022 angekündigt. Neben Ammoniak- ist SKW Piesteritz Deutschlands größter
24 Hersteller von Harnstoffprodukten.

25 Der Ausbau der Erneuerbaren Energien ist dabei ein wichtiger Treiber des
26 Strukturwandels, ein wirtschaftlicher Standortvorteil und ein Jobmotor. Der
27 Ausbau ist auch eine Frage der europäischen Sicherheit. Die Transformation
28 unserer Wirtschaft in Richtung Klimaneutralität macht uns widerstandsfähiger und
29 umso energischer müssen der Bund und das Land Sachsen-Anhalt die Energiewende
30 gemeinsam vorantreiben.

31 Der Kohleausstieg ist wichtiger denn je. Im Jahr 2019 wurden insgesamt 40,4 Mt
32 Steinkohle nach Deutschland importiert. Dabei ist Russland mit 19,2 Mt (47,5%)
33 der Hauptbezugsort. Mit dem "Gesetz zur Reduzierung und zur Beendigung der
34 Kohleverstromung" ist der Ausstieg bis spätestens 2038 gesetzt. Der
35 Angriffskrieg durch den Kreml macht den Ausstieg noch dringender und auch der
36 Koalitionsvertrag hat sich das Ziel gesetzt, idealerweise bis 2030 auszusteigen.

37 Zur Erhaltung der Versorgungssicherheit und Unterstützung der betroffenen
38 Unternehmen sowie zur sozialen Sicherung in Sachsen-Anhalt fordern wir als
39 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt folgende Initiativen:

40 **1) Ausbau, Versorgungssicherheit,** 41 **Energieeffizienz**

42 **a) Erdgas**

43 Aufgrund der starken Abhängigkeit von Erdgas ist eine schnelle Diversifizierung
44 der leitungsgebundenen Gasversorgung notwendig. Dazu braucht es eine gezielte
45 gemeinsame Anstrengung der europäischen Gemeinschaft und eine Anpassung der
46 vorhandenen Infrastruktur zu deren optimaler Ausnutzung. Mit verbindlichen
47 Füllstandsvorgaben für die Wintermonate im Gasspeichergesetz ist bereits ein
48 entscheidender Schritt unternommen worden, um die Speicherinfrastruktur im Sinne
49 der Versorgungssicherheit optimal zu nutzen.

50 Wir begrüßen die derzeitigen Anstrengungen, auch wasserstoffgeeignete LNG-
51 Terminals in Deutschland zu errichten. Bei den neu entstehenden
52 Lieferbeziehungen wollen wir darauf achten, dass diese nicht zu dauerhaften
53 Lock-in-Effekten führen. Wo es zur Aufrechterhaltung industrieller Prozesse
54 kurzfristig nötig und möglich ist, soll Erdgas mit klimaneutral hergestelltem,
55 sogenanntem grünen Wasserstoff ersetzt werden. Dazu fordern und fördern wir die
56 Umstellung dieser Prozesse. Auch gilt es, Potenziale für Biogas zu evaluieren.

57 **b) Öl und Ölprodukte**

58 Erdöl hat eine wesentliche Rolle als Treibstoff und als Rohstoff zur stofflichen
59 Nutzung, unter anderem in der Chemieindustrie. Dank erheblicher politischer
60 Anstrengungen auf Bundesebene ist die Importabhängigkeit innerhalb weniger
61 Wochen auf nunmehr 12 Prozent gesunken. Wir begrüßen den von der EU-Kommission
62 vorgeschlagenen zeitnahen Importstopp der Öllieferungen aus Russland. Gerade vor
63 dem Hintergrund der über die Druschba-Pipeline noch immer stark von russischen
64 Öllieferungen abhängigen Wirtschaft Ostdeutschlands unterstützen wir die
65 aktuellen Bemühungen der Bundesregierung um alternative Lieferbeziehungen, etwa
66 über die Häfen Rostock und Gdańsk/Danzig.

67 Zur Reduktion des Treibstoffverbrauchs durch Privathaushalte setzen wir uns für
68 ein Tempolimit, autofreie Tage sowie die Abschaffung des Dienstwagenprivilegs
69 auf fossil angetriebene Fahrzeuge ein. Der Fahrzeugbestand des ÖPNV muss zügig
70 elektrifiziert und das Angebot insbesondere im ländlichen Raum durch bessere
71 Taktungen und flexible Mobilitätskonzepte ausgebaut werden. Zur Steigerung der
72 Attraktivität des Radverkehrs sollten temporäre Radwege ins Straßennetz
73 eingebunden und Mobilitätsstationen eingerichtet werden. Zudem sollte der
74 Einsatz von elektrisch unterstützten Lastenfahrrädern für die letzte Meile durch
75 Logistikunternehmen und Lieferdienste verstärkt auch in Sachsen-Anhalt gefördert
76 werden.

77 Die Nutzung von Homeoffice, mobilem Arbeiten und Videokonferenzen sollte im
78 Fokus bleiben um weiterhin Geschäftsreisen und unnötigen Pendelverkehr zu
79 reduzieren. Schließlich muss die preisliche Attraktivität des öffentlichen

80 Verkehrs gegenüber dem motorisierten Individualverkehr weiter durch Instrumente
81 wie dem 9€- oder 365-Tage-Ticket gesteigert werden.

82 c) Ausbau der Erneuerbaren

83 Durch den Angriffskrieg und die Bestrebung unabhängig von Energieimporten aus
84 Russland zu werden, braucht es den Ausbau der Erneuerbaren Energien noch mehr
85 als je zuvor! Wir begrüßen die Bestrebungen von Bundeswirtschafts- und
86 Klimaminister Robert Habeck und Landesenergieminister Prof. Willingmann das 2%-
87 Flächenziel für Windenergie an Land auch in Sachsen-Anhalt umzusetzen. Dafür
88 braucht es jedoch noch erhebliche Anstrengungen auf Landes- und Bundesebene, um
89 einen Bürokratieabbau voranzutreiben. Im Planungsrecht ist eine "Vorfahrt für
90 Erneuerbare Energien" erforderlich, indem beispielsweise die Privilegierung von
91 Erneuerbaren Anlagen im Außenbereich ausgebaut wird. Die Raumordnungsverfahren
92 im Land Sachsen-Anhalt der Regionalen Planungsgemeinschaften sind noch lange
93 nicht abgeschlossen oder auf die 2% angepasst. Dazu braucht es erhebliche
94 monetäre und personelle Unterstützung der Regionalen Planungsgemeinschaften und
95 auch den Willen der Regionen und Kommunen. Dies kann und sollte durch eine
96 stärkere monetäre Beteiligung der Kommunen an den Wind- und Solarparks erfolgen.

97 d) Ausbau der Netze

98 Die Vorgaben aus dem Osterpaket der Bundesregierung bedeuten eine nahezu
99 Verdopplung der Leistung bei Windkraftanlagen und eine nahezu Vervierfachung der
100 Leistung bei Photovoltaik-Anlagen innerhalb von 8 Jahren. Das zieht eine enorme
101 Kraftanstrengung nach sich. In gleichem Maße wie die Leistungen ausgebaut
102 werden, braucht es einen Ausbau der Stromnetze und -infrastruktur um das 3- bis
103 4-fache sowie die Schaffung/Qualifizierung von Infrastruktur für grünen
104 Wasserstoff. Hierzu sind enorme finanzielle Anstrengungen notwendig und eine
105 deutliche Beschleunigung der Planungs- und Umsetzungshorizonte von möglichst
106 unter 5 Jahren.

107 2)

108 **Industrie/Wirtschaft/Strukturwandel/Transformati-** 109 **on**

110 Schon heute investieren Industrieunternehmen erhebliche Ressourcen in den
111 Klimaschutz. Ohne Mitwirkung der Wirtschaft kann auch Sachsen-Anhalt die
112 ambitionierten klima- und energiepolitischen Ziele der Bundesregierung nicht
113 erreichen. Die Wirtschaft von morgen ist nachhaltig. Sie schützt damit nicht nur
114 das Klima, sondern macht uns vor allem auch unabhängiger von fossilen Energien
115 aus anderen Staaten. Damit sichert sie aber auch Wohlstand und Wertschöpfung
116 sowie Arbeitsplätze hier vor Ort. Die hohe Verfügbarkeit von Erneuerbaren
117 Energien wird als neue Energiesicherheit zum entscheidenden Standortvorteil
118 Sachsen-Anhalts. Dies haben die Intel-Ansiedlung in Magdeburg und die Avnet-
119 Ansiedlung in Bernburg eindrucksvoll zeigt. Wer Investitionen will muss
120 Windräder bauen und Solarstrompanele installieren.

121 35% der 50% Erdgasimporte aus Russland verbraucht die Industrie in Deutschland.
122 Dies sind insbesondere die Eisen-, Stahl- sowie Chemieindustrie.

123 Selbst die Gasschmelzöfen von Glasherstellern wie Euroglas in Haldensleben
124 müssen rund um die Uhr mit Erdgas versorgt werden.

125 Wir fordern die Erarbeitung tagesaktueller branchenbezogener Analysen zu den
126 Auswirkungen der aktuellen Lage am Gasmarkt auf sachsen-anhalter Unternehmen
127 sowie Einrichtungen der Daseinsvorsorge.

128 Für einen regionalen Ausgleich bei möglichen Engpässen halten wir
129 kontinuierliche Energiedialoge der Grundversorgungsunternehmen mit den
130 Großabnehmer*innen auf freiwilliger Basis über den gesetzlichen Standard hinaus
131 für sinnvoll.

132 Wir fordern darüber hinaus die laufende Prüfung und Schaffung von geeigneten und
133 zielgerichteten Hilfsmaßnahmen und geeigneter Instrumente für energieintensive
134 Unternehmen. Wo immer möglich müssen Hilfen dazu auch an ökologisch sinnvolle
135 Bedingungen geknüpft werden. Hierbei sollte der Umstieg auf stromoptimierte
136 Produktion auf Basis der Erneuerbaren Energien schnell ermöglicht werden. Die
137 Landtagsfraktion soll hierzu beauftragt werden, einen geeigneten Antrag zu
138 stellen.

139 Ein Nachhaltigkeitsindex sollte von der Landesregierung etabliert und bei der
140 Wirtschaftsförderung genutzt werden, der leicht verständlich zeigt, wie die
141 Wirtschaft und Industrie in puncto Nachhaltigkeit aufgestellt sind.

142 Gesamtwirtschaftlich gibt es derzeit keine Anzeichen einer Rezession, jedoch
143 wird die Entwicklung durch Lieferengpässe bei Rohstoffen und Vorprodukten
144 gebremst. Dies wird andauern und mit der Inflation eine Wirkung entwickeln. Im
145 Rahmen ihrer Möglichkeiten soll die Landesregierung Unternehmen helfen, sich
146 breiter aufzustellen, um sich nicht von einem Lieferanten bzw. Herkunftsland
147 abhängig zu machen. Es gilt daher dafür Sorge zu tragen, dass Strukturen in den
148 Lieferketten stärker diversifiziert werden, und auch andere Quellen in den Blick
149 zu nehmen, um resilienter zu werden.

150 Zur Unterstützung der regionalen Wirtschaft und zur Sicherung einer
151 langfristigen Krisenfestigkeit sollte ein widerstandsfähiger, resilienter und
152 nachhaltiger Wirtschaftsraum ausgebildet werden. Dafür soll die Landesregierung
153 ein nachhaltiges Leitbild des Wirtschaftsraums Sachsen-Anhalt mit dem Ziel des
154 Ausbaus bestehender und der Entwicklung neuer regionaler
155 Wertschöpfungsnetzwerke, Absatzmärkte und Kreislaufströme in Zusammenarbeit mit
156 den Akteuren aus der Wirtschaft entwickelt werden. Es ist darauf hinzuwirken,
157 dass Strategien zum Umgang mit Krisensituationen, insbesondere der
158 Anpassungsfähigkeit zur Herstellung und Lagerung kritischer Güter, entwickelt
159 und Notfallpläne erstellt werden.

160 Das Energiesystem aber auch die Versorgungssicherheit braucht mehr Transparenz,
161 Objektivität und Sachlichkeit. Deshalb benötigt Sachsen-Anhalt zügig ein
162 technisches 24/7-Energiesicherheits-Monitoring. Dazu beauftragen wir die
163 Landtagsfraktion zeitnah einen geeigneten Antrag zur Einrichtung eines solchen
164 Monitorings zu stellen. Bei der Umsetzung des Monitorings sollten auch alle
165 Potenziale der Digitalisierung sowie wissenschaftliche Beratung genutzt werden.

166 3) Soziale Sicherheit und Schutz vor 167 Energiearmut

168 Soziale Entlastung statt Energiearmut

169 „Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch mit seiner Würde und seiner
170 Freiheit.“ Dieser Satz ist Teil unseres grünen Selbstverständnisses. In der
171 momentan krisenhaften Situation ist es für die Gesellschaft besonders
172 anspruchsvoll, ihn mit Leben zu erfüllen. Wo alle Verbraucherpreise steigen und
173 nicht selten parallel auch die Mieten ansteigen, trifft es besonders die Ärmsten
174 der Gesellschaft. Das Versprechen des Sozialstaates nach Sicherung des
175 Existenzminimums muss auch gehalten werden, wenn die Kosten für die Sicherung
176 der bloßen Existenz steigen. Das ist überlebensnotwendig für das Vertrauen in
177 unseren Staat und somit für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Neben
178 Lebensmitteln und Teilhabe gehören dazu auch Strom, Mobilität und eine warme
179 Wohnung.

180 Strom- und Wärmesperren sind zu verhindern

181 Die Bundesregierung sortiert unter der Beteiligung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die
182 Sozialleistungen neu. Neben einer am Bedarf orientierten Kindergrundsicherung
183 und einer Neuberechnung der Grundsicherung für Erwachsene muss dazu auch ein
184 auskömmlicher Kostensatz für Energiekosten gehören. Wo Energiekosten objektiv
185 steigen muss auch dieser Beitrag angepasst werden. Empfänger von
186 Transferleistungen haben keine Rücklagen, um steigende Kosten selbst abzudecken.
187 Deshalb ist es die Verantwortung des Staates, hier die Gefahr von
188 Energieschulden abzuwenden.

189 Strom- und Wärmesperren stellen die höchste Eskalationsstufe bei Energieschulden
190 dar. Sie treffen die Ärmsten und oft Vulnerablen hart und es gilt diese zu
191 verhindern. Vorgeschaltet müssen immer Beratungsstufen, Unterstützung bei
192 Einsparungen und echte Hilfsangebote sein, um diese Härten zu vermeiden.

193 Da die Berechnung von Heizkosten- und Energiekostensätzen und -zuschüssen immer
194 auf den ermittelten Kosten der vergangenen Periode beruht, können krasse
195 Preissprünge in ihnen nicht abgebildet werden. Dies würde unweigerlich zu
196 unterdimensionierten Auszahlungen führen und finanzielle Notsituationen
197 erzeugen. In Zeiten objektiv sprunghaft steigender Energiepreise ist der
198 Heizkostenzuschuss der Bundesregierung ein wirksames Instrument zur Entlastung
199 der Menschen. Aber auch bei den erwartbar hohen Nachzahlungen bei
200 Energieabrechnungen für das Jahr 2022 braucht es ein sozial gerechtes Instrument
201 zur Abfederung durch den Bund.

202 Energetische Sanierungsmaßnahmen auch im kommunalen Wohnraum 203 vorantreiben

204 Energiekosten sind ein relevanter Kostensatz bei der Ermittlung der Kosten der
205 Unterkunft für die Empfänger von Sozialleistungen. Das gilt direkt, aber auch
206 indirekt. Günstiger Wohnraum ist in vielen Kommunen vor allem in unsanierten und
207 wenig energieeffizienten Gebäuden verfügbar. Bei sehr knapp berechneten KDU-
208 Kostensätzen führt das gleichzeitig oft zu höherem Strom- und Wärmeverbrauch.

209 Bei steigenden Kosten liegt es auch in der Verantwortung der Kommunen, die
210 Kostenberechnung der Realität anzupassen um das Existenzminimum tatsächlich zu
211 sichern. Gleichzeitig soll es ein Landesprogramm zur Sanierung von sozialem
212 Wohnraum geben, um in diesem - für den freien Markt eher unattraktiven -
213 Wohnungssektor energiesparende Um- und Einbauten zu ermöglichen.

214 Im Moment sind aus zahlreichen kommunalen Wohnungsunternehmen Alarmrufe zu
215 vernehmen. In der Frage von Energie- und Wärmekosten kommt es zu für beide
216 Seiten existenzbedrohenden Konflikten mit den oft ebenfalls kommunalen
217 Energieanbietern. Es ist im Interesse des Landes, sowohl die kommunalen
218 Wohnungsunternehmen als auch die Energieanbieter zu unterstützen. Sie sichern
219 bezahlbares Wohnen und die Grundversorgung mit Energie. Deshalb soll das Land
220 die Kommunen an solche Stellen als Mediator unterstützen um jeweils eine
221 existenzsichernde und gleichzeitig kundenorientierte Lösung zu finden. Für
222 Fälle, in denen eine solche Lösung nicht gefunden werden kann, soll das Land,
223 gemeinsam mit den Kommunen einen Rettungsschirm aufspannen.